



| Vorstand 06

Entwicklungen der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie in Deutschland



Positionspapier der IG Metall



Verantwortlich:

IG Metall Vorstand / Arbeitskreis Wehrtechnik und Arbeitsplätze

Jürgen Kerner, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Jürgen Bühl, Leiter des Arbeitskreises Wehrtechnik und Arbeitsplätze

Wilhelm-Leuschner-Straße 79 | 60329 Frankfurt am Main

Juli 2012

Inhalt

	Seite
<i>I Vorbemerkung</i>	4
<i>II Situation in der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie</i>	4
<i>III Derzeitige Entwicklungen in der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie</i>	5
<i>IV Ziele der IG Metall</i>	6
<i>V Positionen der IG Metall für Branchenrat und industriepolitischen Dialog</i>	7
<i>VI Zusammenfassung</i>	9

I Vorbemerkung

Die IG Metall hat ihre friedenspolitischen Positionen auf dem 22. Ordentlichen Gewerkschaftstag vom 9. bis 15. Oktober 2011 in Karlsruhe bekräftigt. Sie setzt sich u.a. für eine Senkung der Rüstungsausgaben und gegen jegliche Unterstützung von Kriegen und kriegsähnlichen Handlungen ein. Die IG Metall ist sich dabei der Realität Anfang des 21. Jahrhunderts bewusst: Gewaltkonflikte und sogar Kriege wird es weiterhin geben und damit auch die sicherheitspolitischen Bedürfnisse und Interessen von Menschen, Staaten und Staatenbündnissen. Die Produktion von Rüstungsgütern ist Teil dieser Realität, die Veränderungen in den Sicherheits- und Verteidigungspolitiken aufnimmt. Die IG Metall vertritt die Beschäftigten der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie, sie will die Zukunft der Branche und deren Arbeitsverhältnisse mitgestalten, die Europäisierung unterstützen und auf Diversifikation im zivilen Bereich und Konversion hinwirken. Der notwendige strukturelle Wandel darf nicht zulasten der Arbeitnehmer und ihrer Familien gehen.

II Situation in der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie

Die Überwindung der Spaltung Europas in der ersten Hälfte der 1990er Jahre führte zu einer neuen weltpolitischen Situation, aber nicht zur Geburt einer friedlicheren Weltordnung. Es folgte eine Neuausrichtung der Sicherheitspolitik, die auch zu großen Veränderungen in der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie führte. Der Strukturwandel geht weiter.

Die Branche ist in Deutschland durch privatwirtschaftliche Unternehmen geprägt, während in anderen europäischen Ländern (halb-)staatliche Unternehmen dominieren. Die industriepolitische Landschaft in Europa beruht also auf unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen.

Traditionell ist die Wehrtechnik ein wichtiger Technologiemosor der deutschen Industrie. Viele der in der Entwicklung teuren Zukunftstechnologien haben über den militärischen Bereich hinaus auch große Bedeutung für die zivile Nutzung (z.B. Luftfahrtindustrie). Dazu zählen beispielsweise extremer Leichtbau, Mikrosysteme, Entwicklung der Optik und Sensorik, Biotechnologien, Automation und Robotik sowie Werkstofftechnologie.

Derzeit sind rund 80.000 Arbeitnehmer, davon viele hochqualifiziert, in der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie Deutschlands beschäftigt. Nach Industrieangaben erwirtschaften sie einen Umsatz von 16 Mrd. Euro. Zu 70 Prozent wird für den derzeit florierenden Export produziert, wobei Offsetleistungen bzw. lokale Herstellung und Endfertigung Bestandteil der meisten Verträge mit ausländischen Kunden sind.

Der Strukturwandel der 1990er Jahre wird fortgesetzt. Betroffen sind nicht nur die großen Konzerne, sondern im erheblichen Umfang mittelständische Unternehmen, die in schwieriges Fahrwasser geraten. Aufgrund der Bundeswehrreform beabsichtigt das Bundesministerium der Verteidigung geplante und bereits verabredete Beschaffungsprojekte zu reduzieren. Dies wirkt sich indirekt auch massiv auf Exporte aus, da die Bundeswehr zunehmend als Referenzkunde wegfällt. Auch in vielen EU- und NATO-Staaten ist mit Reduzierungen zu rechnen, da die angespannten Haushalte die Spielräume für wehrtechnische Beschaffungen deutlich einengen und auch diese Armeen einen Transformationsprozess durchlaufen. Es ist zu erwarten, dass selbst geplante Beschaffungsprogramme nicht mehr finanzierbar sind.



Die wehr- und sicherheitstechnische Industrie ist und wird zu massiven Anpassungen gezwungen und steht in der Verantwortung, die Prozesse partnerschaftlich mit ihren Arbeitnehmern zu gestalten. Die Politik steht in der Pflicht, den von ihr mitverantworteten Wandel industriepolitisch zu begleiten.

Die Herausforderungen kommen nicht grundsätzlich überraschend. Veränderungen der wehrtechnischen Vorhaben waren mit den Strukturreformen bei den Armeen von EU- und NATO-Ländern absehbar. Wir stellen fest, dass sich dennoch viele Unternehmen weniger mit neuen Produkten als vielmehr mit neuen Absatzländern auseinandersetzen. Sie fordern von der Politik, den Export zu vereinfachen und zu unterstützen. Wir erleben sogar, dass zukunfts-trächtige Produktentwicklungen im zivilen Bereich abgestoßen werden, da sie nicht als Kernkompetenz gelten.

Es zeichnet sich bereits heute ab, dass der Versuch der Wehrtechnikanbieter, durch Exporte für eine Auslastung der vorhandenen Kapazitäten zu sorgen, angesichts begrenzter Märkte nur zu ruinösem Wettbewerb führen kann. Ganz abgesehen davon ist angesichts des bereits sehr großen Exportanteils dessen weitere Erhöhung wirtschafts- und sicherheitspolitisch problematisch zu bewerten.

III Derzeitige Entwicklungen in der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie

Volumenstarke Beschaffungsvorhaben sind in Europa weitgehend vergeben, Großprojekte in den nächsten Jahren aufgrund der Sicherheitspolitik und der Haushaltssituationen bis auf wenige Ausnahmen nicht mehr zu erwarten.

Abreden bezüglich einer auf Europa ausgerichteten industriellen Arbeitsteilung, die sich an den spezifischen Fähigkeiten der jeweiligen EU-Mitgliedsländer ausrichtet, sind angesichts der nationalen Politiken immer noch eher unwahrscheinlich.

Zugänge zum lukrativen nordamerikanischen Markt sind in Ansätzen (Marine-Getriebe, Hubschrauber) vorhanden, aber in der Regel nur mit amerikanischen Partnern für die Großunternehmen der Branche umsetzbar.

Zuwächse in den Verteidigungshaushalten werden künftig vor allem in Indien, Brasilien und auch in den Ländern Nordafrikas bis hin zur Golfregion erwartet. Da diese Länder weitgehend auf Produktionskapazitäten anderer Länder angewiesen sind, könnten auf den ersten Blick Chancen für die deutsche Wehrtechnikindustrie liegen. Im Allgemeinen dürfen allerdings nicht die Implikationen für die Friedenspolitik missachtet werden. Im Besonderen ist zudem angesichts des verstärkten Wettbewerbsdrucks und vor allem der Konkurrenz durch US-amerikanische Anbieter, die vor dem Hintergrund der Reduzierungen im US-Verteidigungshaushalt sich internationaler ausrichten, nicht davon auszugehen, dass die milliardenschweren Auftragsvolumen gänzlich nach Europa fließen würden. Zusätzlich erwarten diese Länder bei langfristigen Aufträgen den Aufbau von Fertigungen vor Ort im Land (Beispiele Israel, Indien etc.).

Die Unternehmen verstärken – auch angesichts der zunehmenden internationalen Wettbewerbssituation – ihre Bemühungen, die Kapazitätserhaltung vor allem über die Deckung der jeweiligen Bedarfe der nationalen Armee zu erreichen. Allerdings werden diese Dienstleistungen schon aufgrund öffentlicher Budgetrestriktionen nicht für eine kontinuierliche Auslastung der industriellen Kapazitäten ausreichen.

Die großen europäischen wehr- und sicherheitstechnischen Unternehmen orientieren sich zunehmend am Weltmarkt und agieren dort als Konkurrenten. Das Nachsehen haben insbesondere die klein- und mittelständischen Unternehmen.

Eine zersplitterte, kleinteilige deutsche und europäische Wehrindustrie wird zunehmend weniger in der Lage sein, aufwendige technologische Entwicklungen zu finanzieren und international mithalten zu können.

IV Ziele der IG Metall

Ziele der IG Metall und der Betriebsräte der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie sind die vorausschauende Gestaltung sowie die industriepolitische Begleitung des Strukturwandels, um den Technologiemotor der deutschen Industrie am Laufen zu halten und gleichzeitig Arbeitsplatzsicherheit für die Beschäftigten zu gewährleisten. Hierfür ist die Etablierung einer Plattform für den industriepolitischen Dialog notwendig.

Angesichts der offensichtlich unzureichenden Ansätze für die zukünftige Entwicklung der Wehrtechnik setzt sich die IG Metall für ein Zusammenwirken von Politik in Bund und Ländern, Wirtschaft, Wissenschaft und Gewerkschaft in einem industriepolitischen Dialog ein.

Die weitere Europäisierung der Sicherheitspolitik zeichnet sich ab. Allerdings muss die Politik in Deutschland und Europa die Sicherheitspolitik endlich klar definieren und die künftigen militärischen Fähigkeiten abstimmen. Hierzu gehört auch, die Schlussfolgerungen für die wehr- und sicherheitstechnische Industrie in Deutschland und Europa zu ziehen, die gewünschten Kernfähigkeiten festzulegen und eine mögliche Arbeitsteilung in Europa zu entwickeln. Wettbewerbsgleichheit ist herzustellen.

Die Überlegungen der 1980er und 1990er Jahre zur Rüstungskonversion im Industriebereich haben nur teilweise gegriffen, im letzten Jahrzehnt ist die öffentliche Debatte fast ganz verstummt. Daher schlägt die IG Metall eine neue Initiative zur Diversifikation und Konversion vor, die realistische Entwicklungspfade für die wehr- und sicherheitstechnische Industrie aus heutiger Perspektive entsprechend den Fähigkeiten der Mitarbeiter erarbeitet.

Als ersten Schritt fordert die IG Metall die Einrichtung eines Branchenrats Wehr- und Sicherheitstechnik, der bei der Gestaltung des Strukturwandels mitwirkt. Es geht darum, nicht nur auf Krisen zu reagieren, sondern Entwicklungswege vorausschauend zu gestalten und politische Entscheidungen vorzubereiten. Hierzu ist ein Gesamtkonzept für eine neue Industriepolitik sowohl in wehrtechnischen als auch möglichen zivilen Bereichen nötig. Konversion muss als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen verstanden werden, die zusammen mit Industrie und Gewerkschaft auszugestaltet ist. Gleichzeitig soll der Branchenrat als Frühwarnsystem für die Branche und die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt fungieren.

Ergebnis muss eine aktive Industriepolitik sein, die eine zukunftsweisende Positionierung der Branche in den gesamten Wertschöpfungsketten auf den Weg bringt und einseitige Abhängigkeiten ablöst durch mehrdimensionale Strategien, auch in Richtung Diversifikation im zivilen Bereich sowie neuer Konversionsstrategien.

Konversion

In der Wirtschaft bezeichnet Konversion die Umstellung des Produktionsprogramms eines Unternehmens auf andere Güter. Im militärischen Bereich lassen sich klassisch verschiedene Arten der Konversion unterscheiden, z.B. die Liegenschaftskonversion als zivile Verwertbarkeit ehemals militärisch genutzter Flächen, Gebäude und Anlagen oder die Waffenkonversion als zivile Umnutzung von aus Waffen gewonnenem Material. Dazu zählen auch die Konversion in der Industrie als strukturelle Umorientierung auf zivile Produkte und Dienstleistungen sowie die Wissenskonzersion als zivile Umorientierung und Nutzung von wehrtechnischem Know-how, von Forschung und Entwicklung. Konversion in der Industrie und von Wissen sind die Schwerpunkte im Industriebereich.

(vergl. Peter Croll und Marc von Boemcken: Konversion ist tot... es lebe die Konversion; in Wissenschaft & Frieden, Heft 4/2003)

Die Konversionsstrategien müssen die Untersuchung neuer Märkte und alternativer Produkte voranbringen, die Lösungen für die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bieten:

- Umwelt
- Energie
- Mobilität
- Sicherheit

Die IG Metall sieht die Möglichkeit, in den Betrieben der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie Zukunftsteams zu initiieren, die Vorschläge zu Konversion und Diversifikation erarbeiten. Diesen Prozess unterstützen und begleiten wir sehr gerne.

V Positionen der IG Metall für Branchenrat und industriepolitischen Dialog

Als Grundlage für die Bildung des Branchenrats und den industriepolitischen Dialog ist die Bundesregierung aufgefordert, eine Bestandsaufnahme der ganzen Wertschöpfungskette Wehrtechnik in Deutschland zu erstellen. Diese soll den Fokus auf die Situation der Unternehmen und ihrer Zulieferer, eine Technologiefolgenabschätzung sowie die Auswirkungen der sich ändernden Rahmenbedingungen auf Arbeitsplätze und Standorte legen.

Zudem soll der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie jährlich einen Bericht zur Lage der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie in Deutschland, Europa und weltweit vorlegen. Der Bundesminister der Verteidigung soll jährlich die Entwicklung der Rüstungsproduktion in Deutschland, Europa sowie weltweit darstellen.

Die IG Metall wird bei den Betriebsräten der Branche eine Umfrage zur Zukunft der Arbeitsplätze starten.

Die Reduzierung der Investitionen wirkt vor allem langfristig. Dies kann bei der Bundeswehr Einschränkungen in der Fähigkeitstiefe sowie Aufgabe von Kernfähigkeiten bedeuten, bei der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie der Verlust von Systemfähigkeit und technologischer Kompetenz. Die Politik ist aufgefordert, ihre Ziele und Wege in der Verteidigungspolitik grundsätzlich zu klären. Da EU- und NATO-Länder vergleichbar agieren, ist eine Abstimmung insbesondere im europäischen Kontext notwendig. Daraus sind die industriepolitischen Schlussfolgerungen zu ziehen sowie die Kernfähigkeiten zu definieren. Die Politik muss endlich eine klare Definition für die Profilbildung liefern.

Der Strukturwandel im Allgemeinen und die Anpassung der Beschaffungsvorhaben im Besonderen dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Maßstab ist der Arbeitsplatzzerhalt auch im wehr- und sicherheitstechnischen Umfeld und durch Wandlungsprozesse hin zu zivilen Produkten. Dazu gehört insbesondere eine planungssichere Auftragspolitik mit langfristigen perspektivischen Entwicklungspotenzialen und -chancen sowie Veränderungsanforderungen. Zukunftsfähigkeit lässt sich weder mit Rotstiftpolitik noch mit bloßem Strukturzerhalt sichern.

Die Politik hat nicht nur die Verantwortung für die Konversion von Bundeswehrstandorten zu übernehmen, sondern muss gleichzeitig Diversifikations- und Konversionsprojekte in der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie fördern. Da eine deutliche Reduzierung der Beschaffungsvorhaben in Europa und anderen westlichen Ländern bereits zu beobachten ist, ist die Politik gefragt, den anstehenden Prozess zu unterstützen und beschäftigungspolitisch in den Regionen zu wirken.

Von staatlicher Seite ist die Grundlagenforschung weiterhin zu unterstützen sowie die Vernetzung der Forschung auszubauen. Staatliche Aufträge müssen einen Teil der Forschungs- und Entwicklungskosten, insbesondere auch für Diversifikations- und Konversionsprojekte, decken. Ziel muss es sein, einem Abbau von Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionskapazitäten entgegenzuwirken, damit dauerhaft technologisches Know-how sowie die Fähigkeit zur eigenständigen Entwicklung nicht verloren gehen. Insbesondere ist die weitere Vernetzung mit dem zivilen Bereich zu fördern, um einen Innovationsabfluss zu gewährleisten.

Die wehr- und sicherheitstechnische Industrie zeichnet sich aus durch umfassendes Know-how bei der Material- und Prozessbeherrschung und hohes Qualitätsniveau bei den Produkten. Diese Stärken sind in den Ausbau neuer Zukunftstechnologien einzubringen. Hierzu müssen die technologischen Kernkompetenzen definiert werden mit dem Ziel, diese zu erhalten und auszubauen. Und zwar nicht beschränkt auf Forschung und Entwicklung, sondern für den gesamten Wertschöpfungsprozess bis zur Produktion. Ein kurzfristiger und kurzfristiger Abbau von Arbeitsplätzen würde zum Verlust genau dieser Kernkompetenzen in der gesamten Industrie führen, die kaum oder nur unter - auch finanziell - erheblichen Schwierigkeiten wieder aufzubauen wären.

Die wehr- und sicherheitstechnische Industrie muss zukunftsweisende Konversion in neue zivile Produktsegmente angehen und nicht alleine auf eine Verbreiterung der Produktpalette im Bereich der inneren Sicherheit setzen. Vor diesem Hintergrund ist es geradezu widersinnig, erfolgreiche Konversionsprojekte sofort wieder zu veräußern, wie dies in der Vergangenheit häufig festzustellen war. Vielmehr müssen Strukturen und Anforderungen auch an zivile Produktionsmöglichkeiten angepasst werden. Hier werden wir die Industrie noch stärker in die Pflicht nehmen.

Wir erwarten von der Politik, dass der anstehende Dialog über die Umschichtung von Rüstungsprojekten nicht nur mit Unternehmensvertretern, sondern auch mit Arbeitnehmervertretern und Gewerkschaften geführt wird.

Von Unternehmen, die mit der Politik eine Einigung über die Beschaffungsvorhaben vor dem Hintergrund der veränderten Lage erreichen wollen, erwarten wir Konzepte, die negative Auswirkungen auf die Beschäftigten vermeiden. Dazu gehören mittel- und längerfristig angelegte Standortentwicklungskonzepte sowie umfassende Qualifizierungsmaßnahmen.

Die Neuorganisation der Beschaffung ist anzugehen: Fehler der Politik im Beschaffungsprozess müssen – gerade bei knapper werdenden Ressourcen – vermieden werden. Dazu sind Bedarfsträger, Bedarfsdecker und Industrie besser zu vernetzen. Die noch immer bestehenden Ausnahmeregelungen auch in der EU-Richtlinie für die öffentliche Beschaffung im Bereich der Verteidigung und Sicherheit am 21. August 2009 sollen genutzt werden, solange das Ziel einer europäischen Beschaffungspolitik nicht umgesetzt ist.

Neue Wege der Finanzierung sind zu prüfen: z.B. Leasingmodelle oder Beschaffungen mit einer auf die Einsatznotwendigkeiten begrenzten Ausstattung. Die Anwendung der Exportregelungen ist für die IG Metall auch für den Weiterverkauf selbstverständlich.

Der Abbau bei der Bundeswehr führt auch zu der Frage, ob nicht-hoheitliche Aufgaben verstärkt an die Industrie vergeben werden können. Zu überdenken ist dies in den Bereichen Ausbildung, Betrieb, Wartung und Instandsetzung sowie bei der Unterstützung beim „Service im Einsatz“, ohne dass es zu Kostensteigerungen in den öffentlichen Haushalten, Lohndumping oder Arbeitsplatzverlusten kommen darf. Vielmehr wäre wohl die Übernahme heutiger Zivilbeschäftigter erforderlich und zu gewährleisten. Die bereits heute durch Privatunternehmen übernommenen Wartungsaufträge in Einsatzgebieten sind durch Aufträge im Gebiet der Bundesrepublik zu flankieren, um entsprechendes Fachpersonal und deren Know-how langfristig binden zu können. Diese Modelle erfordern Planungssicherheit. Das Modell Heeresinstandsetzungslogistik (HIL) ist ein gutes Beispiel für ein gelungenes Kooperationsmodell, das allerdings aufgrund der europäischen Ausschreibung, die auf eine Kostenreduzierung ausgerichtet ist, bedroht erscheint.

Die europäische Sicherheitspolitik hat sich in der Vergangenheit zwar nur langsam verändert, doch die Grundrichtung war eine politisch gewollte Europäisierung. Dagegen blieb die Beschaffungspolitik bislang vor allem national orientiert. Hier sind in den nächsten Jahren Schwierigkeiten vorprogrammiert. Notwendig ist es, die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen zumindest im ersten Schritt innerhalb Europas voranzubringen. Zudem müssen gemeinsame europäische Vorhaben stärker verfolgt und europäische Kernfähigkeiten definiert werden, auch wenn derzeit keine Großprojekte geplant sind. Dazu ist die Rolle der „Europäischen Verteidigungsagentur“ mit erweiterten Beschaffungsvorhaben zu diskutieren. Ziel muss eine europäische Industriepolitik sein, um Systemfähigkeit und Arbeitsplätze auch durch Diversifikation und Konversion zu sichern.

Entsprechend der Sicherheitspolitik wird auch eine verstärkte Europäisierung der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie notwendig. Die Luftfahrtindustrie ist mit der EADS den Weg der Konsolidierung bereits gegangen, in den anderen Bereichen herrscht noch Fragmentierung. Entsprechend der Definition europäischer Kernfähigkeiten, muss auch die europäische Aufgabenteilung vorgebracht werden. Die Gewerkschaften sind bereit dies als Sozialpartner zu begleiten, der Prozess darf nicht zu Lasten einzelner Nationen und deren Arbeitsplätze gehen. Wir erwarten im Rahmen der Konsolidierung auch klare Spielregeln, um die Marktmacht einzelner zu begrenzen.

Für die IG Metall ist ein vereinfachter Export, der nicht mehr den strengen Maßstäben deutscher Rüstungsexporte entsprechen würde, keine Lösung. Da in allen westlichen Staaten die Verteidigungsbudgets teilweise erheblich reduziert werden, sind Exportchancen derzeit eher in Schwellenländern zu erkennen. Hier gilt: Menschenrechte dürfen keinesfalls hinter Exportmöglichkeiten stehen, auch im Sinne einer glaubwürdigen Außen- und Friedenspolitik. Daher muss weiterhin umfänglich geprüft und bei Zweifeln die Ausfuhrgenehmigung versagt werden.

VI Zusammenfassung

Die IG Metall und die Betriebsräte des Arbeitskreises Wehrtechnik und Arbeitsplätze setzen sich ein für

- eine klare Orientierung für den Innovations- und Investitionsstandort Deutschland; Unternehmen müssen in Innovation und Qualifizierung am Standort Deutschland und damit in zukunftsweisende neue zivile Produktsegmente investieren
- eine Sicherung des Know-hows in jedem einzelnen Betrieb; Unternehmen müssen in ihre Beschäftigten investieren und zu einer Innovationskultur passende Rahmenbedingungen schaffen, die den sozialen und demografischen Veränderungen gerecht werden
- eine klare Aussage zum Erhalt der Arbeitsplätze und Standorte, mittel- und längerfristig angelegte Standortentwicklungskonzepte; belastbare Szenarien zur Personalentwicklung sowie Bildungsbedarfsanalysen und darauf aufbauende Maßnahmen in den Betrieben
- ein Denken und Handeln in ganzen Wertschöpfungsketten; aus volks-, aber auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht sind das Wissen und die Wertschöpfungsketten zu erhalten und auch für zivile Produkte zu transferieren; der Industriestandort Deutschland kann nicht von Forschung allein leben, vielmehr müssen neue Produkte und Verfahren auch entwickelt und produziert bzw. angewendet werden.
- Planungssicherheit bei der Vergabepolitik der öffentlichen Hand und eine Neuorganisation der Beschaffung



- die notwendige staatliche Förderung von Grundlagenforschung, Innovationsvorhaben und strategisch wichtigen Zukunftsprogrammen insbesondere für Konversionsprojekte
- eine qualifizierte Beteiligung der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretung bei den Veränderungsprozessen und bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen
- gesundheitsförderliche und motivierende Arbeitsbedingungen sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer
- gute Arbeit und damit die Begrenzung und faire Gestaltung von Leiharbeit und Werkverträgen nach dem Prinzip des gleichen Entgelts für gleiche Arbeit
- einen Branchenrat Wehr- und Sicherheitstechnik und eine verstärkte industriepolitische Unterstützung durch die Bundesregierung zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der industriellen Wertschöpfungsketten, des Innovationspotenzials für zivile Produkte und der Arbeitsplätze in Deutschland
- eine europäische Industriepolitik, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu erreichen und technologische Kompetenz, industrielle Systemfähigkeit und Arbeitsplätze auch durch Diversifikation und Konversion zu sichern; wichtige Felder sind zudem die Weiterentwicklung von EU-Forschungsprogrammen und europäischer Beschaffungspolitik